

1. Die sofortige Freigabe eines umfassenden Interzonenverkehrs und die Bildung gesamtdeutscher zentraler Verwaltungen für die wichtigsten Wirtschaftszweige. Notwendig ist die alsbaldige Rechnungslegung über die bisherigen Reparationsleistungen und die Festsetzung eines für das deutsche Volk tragbaren Verhältnisses zwischen Reparationsleistungen und Deckung des eigenen Bedarfs.

2. Es muß Schluß gemacht werden mit der Politik der Loslösung der westdeutschen Wirtschaft von dem übrigen Deutschland.

3. Weitere Demokratisierung des deutschen Wirtschaftslebens durch Beseitigung der Macht der Konzernherren und Großgrundbesitzer, durch Enteignung und Verstaatlichung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und durch Verwirklichung des vollen Mitbestimmungsrechts der Werktätigen in allen Bereichen der deutschen Wirtschaft.

Sofortige Inangriffnahme eines gesamtdeutschen Wirtschaftsplanes mit dem Ziel einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge und ihrer gerechten Erfassung und Verteilung, einer raschen Produktionszunahme in den Grundstoffindustrien, einer systematischen Förderung aller Gebrauchsgüterindustrien und einer wirkungsvollen Ausschaltung des schwarzen Marktes und Schiebertums.

Das deutsche Volk blickt mit großer Erwartung auf die Erfüllung der ihm durch die Potsdamer Beschlüsse von allen Alliierten gegebenen Versprechungen und hofft, daß die kommende Londoner Tagung der Außenminister eine Verständigung über den dem deutschen Volke zu gewährenden Friedensvertrag bringt und damit die Voraussetzung schafft, daß ein einheitliches demokratisches Deutschland entsteht. Eine besondere Verantwortung dafür tragen die antifaschistisch-demokratischen Parteien des deutschen Volkes, die sich in einer gesamtdeutschen Beratung verständigen müssen, um die Stimme des deutschen Volkes auf der Londoner Konferenz zu Gehör zu bringen. Durch einen Volksentscheid ist dem deutschen Volke selbst die Möglichkeit zu geben, über die Einheit Deutschlands zu entscheiden. Dieses Deutschland wird in der Lage sein, einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau der demokratischen Länder Europas und damit zur Sicherung des Friedens zu leisten.

Stellungnahme des Zentralsekretariats vom 23. Juli 1947